

# **Beschlussbuch LPT 30.11.24**

cvtx

18. März 2025

# Inhaltsverzeichnis

<b>Wahl Wahlprogramm</b>	<b>1</b>
<b>2024/II/Wahl/1 SPD-Regierungsprogramm 2025-2030</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	1
<b>2024/II/Wahl/2 Senior*innen betreffende Inhalte ins Regierungsprogramm 2025 – 2030</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	2
<b>2024/II/Wahl/3 Nachhaltige Architektur mit Umbauen statt abreißen und kreative Impulse gegen die Verschwendung in der Bauwirtschaft</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	3
<b>2024/II/Wahl/7 U-Bahn-Verlängerung nach Lohbrügge auf den Weg bringen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	4
<b>2024/II/Wahl/8 Gestaltung naturnaher Schulgelände für Klima- und Gesundheitsschutz sowie Biodiversität</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	5
<b>2024/II/Wahl/9 Attraktive Bezahlung für angehende Lehrkräfte sichern</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	6
<b>2024/II/Wahl/10 Kooperationen im Sozialraum stärken</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	7
<b>2024/II/Wahl/11 Campusschulen weiter voranbringen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	8
<b>2024/II/Wahl/13 Pilotprojekte für die “Flexible Oberstufe”</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	9
<b>2024/II/Wahl/14 Zwei Wege zum Abitur ohne Diskreditierung</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	10
<b>2024/II/Wahl/15 System der Schulbegleitung in Hamburg konsequent verbessern</b>	
<i>Keine Aufnahme ins Regierungsprogramm</i> . . . . .	11
<b>2024/II/Wahl/16 Notenfreies Lernen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	12
<b>2024/II/Wahl/17 Einrichtung eines FASD - Kompetenzzentrum Hamburg</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	13

<b>2024/II/Wahl/18 Eintritts-Ermäßigungen für Rentnerinnen und Rentner</b>	
<i>Keine Aufnahme ins Regierungsprogramm . . . . .</i>	<b>14</b>
<b>2024/II/Wahl/19 Sonntags freien Eintritt in Museen</b>	
<i>Keine Aufnahme ins Regierungsprogramm . . . . .</i>	<b>15</b>
<b>2024/II/Wahl/20 Regulierung des Stadttaubenbestands in Hamburg fortführen und ausweiten</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung . . . . .</i>	<b>16</b>
<b>2024/II/Wahl/21 Tierschutzkonforme Unterbringung für Fundtiere in Hamburg sichern</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung . . . . .</i>	<b>17</b>
<b>2024/II/Wahl/22 Mehr Personal für Steuerprüfer in Hamburg</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung . . . . .</i>	<b>18</b>
<b>2024/II/Wahl/23 Modellversuch für ein duales Lehramtsstudium</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung . . . . .</i>	<b>19</b>
<b>2024/II/Wahl/25 Lokale Gesundheitszentren – Soziale Infrastruktur stärken und Ärzt*innen entlasten</b>	
<i>Erledigt durch Regierungsprogramm . . . . .</i>	<b>20</b>
<b>2024/II/Wahl/27 Änderungsantrag Regierungsprogramm Wohnen</b>	
<i>Erledigt durch bestehende Formulierung in Regierungsprogramm . . . . .</i>	<b>21</b>
<b>2024/II/Wahl/28 Änderungsantrag Reg.programm Wohnen</b>	
<i>Annahme . . . . .</i>	<b>22</b>
<b>2024/II/Wahl/29 Änderungsantrag Reg.programm Wohnen</b>	
<i>Annahme . . . . .</i>	<b>23</b>
<b>2024/II/Wahl/30 Änderungsantrag Reg.programm</b>	
<i>Annahme . . . . .</i>	<b>24</b>
<b>2024/II/Wahl/32 Änderungsantrag Reg.programm</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung . . . . .</i>	<b>25</b>
<b>2024/II/Wahl/33 Änderungsantrag Reg.programm</b>	
<i>Annahme . . . . .</i>	<b>26</b>
<b>2024/II/Wahl/34 Feldmarken Flaßbargmoor</b>	
<i>Annahme . . . . .</i>	<b>27</b>

<b>2024/II/Wahl/35 Weiterentwicklung von Kompetenzteams für Behinderungen und Neurodivergenz an den Hamburger Schulen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	28
<b>2024/II/Wahl/36 Strafrechtliche Aufarbeitung von Steuerbetrügereien (Cum-Ex und Cum-Cum)</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	29
<b>2024/II/Wahl/37 Kleingärten Änderungsantrag</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	30
<b>2024/II/Wahl/38 Änderungsantrag Reg.programm</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	31
<b>2024/II/Wahl/39 Änderungsantrag Reg.programm</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	32
<b>2024/II/Wahl/40 Änderungsantrag zum Regierungsprogramm</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	33
<b>2024/II/Wahl/41 „Hamburg vereint in Sicherheit“</b>	
<i>Erledigt</i> . . . . .	34
<b>2024/II/Wahl/42 „Migration: Menschlichkeit und Steuerung“</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	35
<b>2024/II/Wahl/43 Starke Justiz</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	36
<b>2024/II/Wahl/44 Kassenärztlichen Plätze für Psychotherapeutinnen</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	37
<b>2024/II/Wahl/46 Gute Schulen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	38
<b>2024/II/Wahl/47 Demokratiebildung und Toleranz</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	39
<b>2024/II/Wahl/50 Kulturstadt der Zukunft</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	40
<b>2024/II/Wahl/51 Sport – Hamburg Active City</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	41

<b>2024/II/Wahl/52 Lokale Gesundheitszentren – Soziale Infrastruktur stärken und Ärzt*innen entlasten</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	42
<b>2024/II/Wahl/53 Zuwendungsfinanzierung neu denken: Geschlechtergerechtigkeit fördern!</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	43
<b>2024/II/Wahl/55 Tierheim</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	44
<b>2024/II/Wahl/57 Tourismuswirtschaft</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	45
<b>2024/II/Wahl/58 Änderungsantrag S. 14 Personalausstattung/ Tarifvertrag</b>	
<i>Erledigt</i> . . . . .	46
<b>2024/II/Wahl/60 Änderungsantrag S. 18 Öffentlicher Wohnraum</b>	
<i>Erledigt</i> . . . . .	47
<b>2024/II/Wahl/61 Änderungsantrag S. 20</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	48
<b>2024/II/Wahl/62 Änderungsantrag Bezirkszentren</b>	
<i>Erledigt</i> . . . . .	49
<b>2024/II/Wahl/63 Änderungsantrag Hochwasserschutz S. 47</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	50
<b>2024/II/Wahl/64 Änderungsantrag S.48</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	51
<b>2024/II/Wahl/65 Änderungsantrag S. 51</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	52
<b>2024/II/Wahl/66 Änderungsanträge S. 35 bis 37</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	53
<b>2024/II/Wahl/67 Änderungsantrag AUL</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	54
<b>2024/II/Wahl/69 Änderungsantrag Arbeitsmarkt</b>	
<i>Erledigt</i> . . . . .	55
<b>2024/II/Wahl/71 Lektor*innen in HmbGH ermöglichen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	56

<b>2024/II/Wahl/72 Änderungsantrag zum Kapitel Wissenschaft</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	57
<b>2024/II/Wahl/73 Stärkung der Ausbildungsmöglichkeiten für das Ehrenamt</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	58
<b>2024/II/Wahl/74 Mittelbau an den Hochschulen stärken</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	59
<b>2024/II/Wahl/75 Brückenschlag Harburger Binnenhafen</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	60
<b>2024/II/Wahl/76 Denken in Gesundheitsregionen</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	61
<b>2024/II/Wahl/77 Kombibad in Süderelbe</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	62
<b>2024/II/Wahl/78 Ladeinfrastruktur E-Mobility</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	63
<b>2024/II/Wahl/79 ME/CFS- und Long-Covid</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	64
<b>2024/II/Wahl/80 Änderungsantrag S. 6</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	65
<b>2024/II/Wahl/81 Wohnen Studierende</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	66
<b>2024/II/Wahl/82 Änderungsantrag S. 53 Jurist*innenausbildung</b>	
<i>Erledigt</i> . . . . .	67

## **Woh Wohnen / Stadtentwicklung** 68

<b>2024/II/Woh/1 Mietpreisbremse, aber richtig!</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	68
<b>2024/II/Woh/3 Wohnen ist ein Menschenrecht – auch für Studis und Azubis!</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	69

<b>Verk Verkehr / Mobilität</b>	<b>70</b>
2024/II/Verk/2 Barrierefreien ÖPNV hörbar machen – akustische Informationen für den ÖPNV	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	70
2024/II/Verk/3 Elektroantrieb vorantreiben!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	71
2024/II/Verk/5 Grünpeile für den Radverkehr	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	72
2024/II/Verk/6 Wissen, ob der Bus kommt – ein planbarer Nahverkehr für alle!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	73
2024/II/Verk/7 Für eine ausreichend leistungsfähige Eisenbahn-Infrastruktur zwischen Hamburg und Hannover	
<i>Annahme</i> . . . . .	74
2024/II/Verk/8 Einrollen statt Einsteigen - der ÖPNV wird barrierefrei	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	75
<b>Arb Arbeit</b>	<b>76</b>
2024/II/Arb/1 Jugend vor! Gleicher Lohn für junge Menschen – Schluss mit billigen Taschengeldjobs!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	76
2024/II/Arb/2 Schulische Ausbildungen sozialverträglich machen!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	77
<b>Soz Soziales</b>	<b>78</b>
2024/II/Soz/1 Nur „Ja“ heißt „Ja“!	
<i>Annahme</i> . . . . .	78
2024/II/Soz/3 Angemessener BAföG-Grundbedarf und bedarfsgerechte Wohnkostenpauschale	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	79
<b>Bil Bildung / Ausbildung</b>	<b>80</b>
2024/II/Bil/1 Berufs- und Studienorientierung stärken!	
<i>Annahme</i> . . . . .	80

<b>2024/II/Bil/2 Demokratie lernen heißt Demokratie leben: Demokratische Strukturen in der Grundschule ausweiten</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	81
<b>2024/II/Bil/5 Extremismus an Hamburger Schulen bekämpfen - Politische Bildung in der Sekundarstufe ausbauen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	82
<b>2024/II/Bil/7 Lehrer*innenfeedback anonym und digital</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	84
<b>2024/II/Bil/12 System der Schulbegleitung in Hamburg konsequent verbessern</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	85

## **Ges Gesundheit** 86

<b>2024/II/Ges/1 Für mehr Blutspende und Solidarität: freier Tag für Blutspender*innen!</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	86
<b>2024/II/Ges/2 Regionale, ärztliche Unterversorgung – Der Verteilungsschlüssel ist der Schlüssel</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	87
<b>2024/II/Ges/3 Festlegung einer Altersgrenze von 18 Jahren und Prüfung eines generellen Verkaufsverbots von Lachgas</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	88
<b>2024/II/Ges/4 Erweiterung der Gesundheitsversorgung - Kostenübernahme für HPV-Vorsorgeuntersuchung durch gesetzliche Krankenkassen</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	89
<b>2024/II/Ges/5 Entwicklung einer nationalen Strategie zur Bekämpfung von Endometriose</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	90
<b>2024/II/Ges/6 Kein Sonderrecht für wirkungslose Präparate</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	91
<b>2024/II/Ges/7 Psychotherapeutische Versorgung sichern - Weiterbildungsplätze schaffen!</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	92



**2024/II/Ges/8 Schutz für Ungeborenes: Verpflichtende Warnhinweise für alkoholische Getränke zur Sensibilisierung von Schwangeren***Annahme* . . . . . 93**2024/II/Ges/9 Transparenz der Kosten in Pflegeeinrichtungen herstellen***Annahme* . . . . . 94**Innen Inneres 95****2024/II/Innen/1 Der Jucho muss in Neuenfelde bleiben!***Annahme* . . . . . 95**2024/II/Innen/4 Antrag Innen/4***Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 96**Kul Kultur 97****2024/II/Kul/4 Sonntags freien Eintritt in Museen***Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 97**Wi/Steu Wirtschaft / Steuern 98****2024/II/Wi/Steu/1 Novellierung des Tierschutzgesetzes: Verbot des gewerbsmäßigen Einsatzes von Tieren in Unterhaltungsangeboten***Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 98**2024/II/Wi/Steu/2 Reform des KfW-Studienkreditprogramms mit dem Ziel des Abbaus von unverhältnismäßigen Risiken und Belastungen der Studierenden***Annahme* . . . . . 99**2024/II/Wi/Steu/4 Mehr Inklusion in der öffentliche Auftragsvergabe***Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 100**2024/II/Wi/Steu/5 Sicherer Hochwasserschutz für Cranz Neuenfelde***Annahme* . . . . . 101**Ini Initiativantrag 102****2024/II/Ini/1 Der Jucho muss in Neuenfelde bleiben!***Annahme* . . . . . 102

## Wahl Wahlprogramm

2024/II/Wahl/1

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## SPD-Regierungsprogramm 2025-2030

Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

---

## 2024/II/Wahl/2

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Senior\*innen betreffende Inhalte ins Regierungsprogramm 2025 – 2030

Der SPD Landesparteitag möge beschließen, Hamburger SPD-Politiker\*innen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass 1. auf früheren Landesparteitagen beschlossene und weitere für Senior\*innen wichtige Maßnahmen deutlich erkennbar in das Hamburger Regierungsprogramm für 2025 – 2030 aufgenommen werden, insbesondere • Wir werden in jedem Bezirk eine Senior\*innenstation / ein Senior\*innenzentrum einführen, in dem die Beratungsangebote für Senior\*innen unter einem Dach gebündelt werden und so dezentrale Beratungs- sowie Versorgungsangebote gemacht werden (sog. Münchner Modell). Wir werden ein Landespflegegeld einführen, das Pflegebedürftigen, die einzig auf ihr Taschengeld als Verfügungsgeld zurückgreifen können eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und notwendige Ausgaben u.a. zur Körperpflege und Zuzahlung für Medikamente sicherstellt.

### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/3

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Nachhaltige Architektur mit Umbauen statt abreißen und kreative Impulse gegen die Verschwendung in der Bauwirtschaft**

Dabei wollen wir die CO<sub>2</sub>-Belastung der Umwelt auch im Baubereich auf allen Ebenen, von der Erstellung der Baumaterialien über die Errichtung der Gebäude bis zum möglichen Abriss, durch geeignete Maßnahmen weiter verringern.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## **2024/II/Wahl/7**

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **U-Bahn-Verlängerung nach Lohbrügge auf den Weg bringen**

Darüber hinaus wollen wir mit einer Machbarkeitsuntersuchung die Möglichkeiten einer langfristigen Verlängerung der Linie U2 Richtung Lohbrügge und Bergedorf prüfen lassen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/8

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Gestaltung naturnaher Schulgelände für Klima- und Gesundheitsschutz sowie Biodiversität**

Die naturnahe Gestaltung der Schulgelände zur Stärkung von Klima- und Gesundheitsschutz sowie Biodiversität wird konsequent fortgesetzt.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/9

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Attraktive Bezahlung für angehende Lehrkräfte sichern**

Die SPD wird sich weiterhin für die Anhebung der Besoldung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst einsetzen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/10

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Kooperationen im Sozialraum stärken**

Schülerinnen und Schülern soll durch eine engere Kooperation der verschiedenen Akteure im Sozialraum beste Bildungschancen ermöglicht werden.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025



## 2024/II/Wahl/11

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Campusschulen weiter voranbringen**

Wir bewerten die Entwicklung der Campus-Stadtteilschulen positiv. Schulen, die sich zu einer Campus-Stadtteilschule entwickeln wollen, werden wir bei diesem Prozess unterstützen und begleiten.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/13

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Pilotprojekte für die “Flexible Oberstufe”**

Die SPD Hamburg wird ein Pilotprojekt mit interessierten Schulen auf den Weg bringen, um das Konzept der „Flexiblen Oberstufe“ zu erproben.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## **2024/II/Wahl/14**

### **Beschluss**

**Annahme in geänderter Fassung**

### **Zwei Wege zum Abitur ohne Diskreditierung**

Wir werden die jetzige Praxis der Schulformempfehlung durch eine Schullaufbahneempfehlung ersetzen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/15

### **Beschluss**

Keine Aufnahme ins Regierungsprogramm

## **System der Schulbegleitung in Hamburg konsequent verbessern**

Siehe 2024/II/Bil/12

### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/16

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Notenfreies Lernen**

Im etablierten Programm „alles»können“ können Schulen unter Beratung und Begleitung der Schulbehörde neue Rückmelde- und Bewertungsformate erproben. Wir wollen dieses Programm weiter ausbauen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

**2024/II/Wahl/17**

**Beschluss**

Annahme

## **Einrichtung eines FASD - Kompetenzzentrum Hamburg**

Wir werden uns für die Einsetzung eines FASD-Kompetenzzentrums einsetzen.

**Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/18

### **Beschluss**

Keine Aufnahme ins Regierungsprogramm

## **Eintritts-Ermäßigungen für Rentnerinnen und Rentner**

Wird zu 2024/II/Kul/3

**Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/19

### **Beschluss**

Keine Aufnahme ins Regierungsprogramm

### **Sonntags freien Eintritt in Museen**

wird zu 2024/II/Kul/4

**Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025



## **2024/II/Wahl/20**

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Regulierung des Stadttaubenbestands in Hamburg fortführen und ausweiten**

Die durch Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft begonnene tierschutzkonforme Regulierung des Stadttaubenbestands in Hamburg wird fortgeführt und ausgeweitet.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/21

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

## **Tierschutzkonforme Unterbringung für Fundtiere in Hamburg sichern**

Hamburg ist eine tierfreundliche Großstadt. Damit dies auch so bleibt, werden wir ein zweites Tierheim eröffnen. Wir setzen uns für eine tierschutzkonforme Unterbringung für Fundtiere ein.

2024/II/Wahl/55:

Damit dies auch so bleibt, werden wir ein weiteres Tierheim eröffnen.

### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/22

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Mehr Personal für Steuerprüfer in Hamburg**

Ferner sollen die Ausbildungskapazitäten für die Steuerverwaltung bestmöglich ausgeschöpft werden, um damit auch die Zahl der Steuerprüfer hochzuhalten bzw. möglichst zu erhöhen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/23

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Modellversuch für ein duales Lehramtsstudium**

Wir wollen ein Modellversuch in die Wege leiten, um im Master ein duales Lehramtsstudium im berufsbildenden Bereich zu erproben.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

**2024/II/Wahl/25**

**Beschluss**

Erledigt durch Regierungsprogramm

**Lokale Gesundheitszentren – Soziale Infrastruktur stärken und  
Ärzt\*innen entlasten**

Siehe 2024/II/Wahl/52

**Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

**2024/II/Wahl/27**

**Beschluss**

Erledigt durch bestehende Formulierung in Regierungsprogramm

**Änderungsantrag Regierungsprogramm Wohnen**

Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/28

### Beschluss

Annahme

### Änderungsantrag Reg.programm Wohnen

Wir wissen aber auch, dass viele Haushalte mit niedrigem oder mittlerem Einkommen in der Folge von Mieterhöhungen, gestiegenen Heizkosten und weiteren Preissteigerungen kaum noch mit ihrem Geld auskommen. Deswegen haben der Erhalt und der Bau bezahlbaren Wohnraums in unserer Wohnungspolitik oberste Priorität.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/29

### Beschluss

Annahme

### Änderungsantrag Reg.programm Wohnen

Wir fordern die Senkung der Kappungsgrenze auf 11 % sowie die Streichung von Ausnahmeregelungen, die die Wirksamkeit der Mietpreisbremse bisher stark beeinträchtigen. Wir setzen uns im Bund zudem für Maßnahmen gegen die Umgehung der Mietpreisbremse (z.B. durch den Abschluss von Indexmietverträgen oder die missbräuchliche Vermietung möblierten Wohnraums) ein. (Streichung des bisherigen Satzes „Wir setzen uns im Bund zudem für eine transparente Regelung beim möblierten Wohnen ein und wollen Indexmieten begrenzen“ und weiter mit „Das kommunale Vorkaufsrecht ...“)

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025



## 2024/II/Wahl/30

### **Beschluss**

Annahme

### **Änderungsantrag Reg.programm**

Hohe Kosten sind auch für die energetische Modernisierung des Mietwohnungsbestands zu erwarten. Auf Bundesebene werden wir deswegen für eine ausreichende und verlässliche Förderung eintreten, damit die Belastungen von Mieterinnen und Mietern tragbar bleiben.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/32

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Änderungsantrag Reg.programm**

Wir verfolgen den Weg guter, verlässlicher und beitragsfreier Kindertagesbetreuung konsequent weiter.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/33

### **Beschluss**

Annahme

### **Änderungsantrag Reg.programm**

Dazu gehört auch, dass die Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger keiner Religionsgemeinschaft angehört. Diese Tradition des friedlichen Miteinanders und des Dialogs der Weltanschauungen und Religionen setzen wir bewusst fort.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/34

### **Beschluss**

Annahme

### **Feldmarken Flaßbargmoor**

Die Feldmarken und Restmoorgebiete in Hamburg stellen in unserer Stadt einzigartige und unverzichtbare Biotope dar, welche es zwingend zu erhalten gilt. Für ein gesundes Stadtklima und eine artenreiche Vielfalt in Flora und Fauna werden wir diese weiter schützen und von einer Bebauung durch Gewerbe und Wohnen freihalten und unter Schutz stellen. Wo es erforderlich ist, werden wir uns für eine weitere Renaturierung dieser Flächen einsetzen.

### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/35

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Weiterentwicklung von Kompetenzteams für Behinderungen und Neurodivergenz an den Hamburger Schulen

1. Die Aufzählung auf Seite 36, Zeile 29 Die Schüler\*innen an Hamburgs Schulen sind so vielfältig wie unsere Stadtgesellschaft. Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Kulturkreisen, mit individuellen, internationalen Erfahrungen und auch Fluchterfahrungen sowie aus verschiedenen sozioökonomischen Verhältnissen und mit Behinderungen (ADHS, Autismus-Spektrum-Störung und anderer) haben unterschiedliche Bedarfe und Ansprüche an Schule, denen durch Fördermaßnahmen auf fachlicher Ebene begegnet werden kann. 2. Dem Absatz Zeilen 27-35 auf Seite 36 des Regierungsprogramms wird folgender Satz angefügt: „Deshalb bauen wir die bereits für alle Schulformen auf den Weg gebrachte Einrichtung multiprofessioneller Teams auch in Hinblick der Bedarfe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen oder besonderer Beeinträchtigungen schrittweise weiter aus.“

### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/36

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## **Strafrechtliche Aufarbeitung von Steuerbetrügereien (Cum-Ex und Cum-Cum)**

Hierzu gehören unter anderem die Stärkung der Geschäftsstellen der Gerichte und der Staatsanwaltschaft sowie die Anwendung moderner Methoden der Personalgewinnung, insbesondere die Verfolgung von Steuerbetrug und Kriminalität in besonders schweren Fällen soll durch eine verbesserte zuständige Abteilung der Staatsanwaltschaft noch effektiver werden.

### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/37

### **Beschluss**

Annahme

### **Kleingärten Änderungsantrag**

Hamburg ist eine natürliche Stadt am Wasser mit einem erheblichen Anteil der Landesfläche als Grünflächen, Kleingärten, Wälder oder Schutzgebiete. Wir stehen zu unseren Kleingärten und werden sie auch weiterhin unterstützen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/38

### Beschluss

Annahme

### Änderungsantrag Reg.programm

Durch eine Anpassung der Regenwasserinfrastruktur wird Hamburg zur „Schwammstadt“, in der Wasser versickern oder verdunsten bzw. gespeichert und genutzt werden kann. Die Vielzahl der Kleingärten in Hamburg bilden einen integralen Bestandteil, um das Konzept „Schwammstadt“ umzusetzen.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025



## 2024/II/Wahl/39

### Beschluss

Annahme

### Änderungsantrag Reg.programm

~~Seite 47, Zeilen 11 bis 13 streichen Im Sinne eines zeitgemäßen Tierschutzes werden auf dem Hamburger DOM keine lebendigen Tiere mehr vorgeführt. Um dies dauerhaft sicherzustellen, setzen wir uns für eine Anpassung der Verwaltungsvorschriften ein, die für den DOM gelten.~~

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/40

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Änderungsantrag zum Regierungsprogramm

Den bisherigen Ausbau notwendiger Schutzplätze für Frauen und INTA-Personen führen wir bedarfsgerecht fort und unterstreichen die Notwendigkeit der Verabschiedung des Gewalthilfegesetzes durch den Deutschen Bundestag, um eine Beteiligung des Bundes an den Kosten zu ermöglichen.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/41

### Beschluss

Erledigt

### **„Hamburg vereint in Sicherheit“**

Siehe 2024/II/Wahl/40

**Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/42

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **„Migration: Menschlichkeit und Steuerung“**

Damit das gelingt, wollen wir im Rahmen der Hamburger Möglichkeiten den Zugang zum Arbeitsmarkt auch für Geflüchtete erleichtern, indem wir bestehende Hürden senken und Sprachkurse, Kapazitäten zur Anerkennung von Qualifikationen sowie die Varianz beruflicher Einstiegsmöglichkeiten erweitern.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/43

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Starke Justiz**

Im Interesse der Rechtssuchenden werden wir Arbeitsabläufe verschlanken, Verfahrensdauern verringern und den Nachwuchsproblemen begegnen. Dafür braucht es mehr Bewerbende durch eine Anpassung der Zulassungsvoraussetzungen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/44

### Beschluss

Annahme

### Kassenärztlichen Plätze für Psychotherapeutinnen

Wir wollen die psychotherapeutische Versorgung in Hamburg weiter verbessern. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Bedarfsplanung psychotherapeutischer Angebote aktualisiert und für die Deckung des festgestellten Bedarfs gesorgt wird.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

---

## 2024/II/Wahl/46

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Gute Schulen

Das Schulessen muss für alle bezahlbar sein. Familien ohne eigenes Einkommen müssen in Hamburg nicht für das Schulessen ihrer Kinder zahlen. Zusätzlich haben wir die deutschlandweit einzigartige Geschwisterkind- und Sozialstaffelung eingeführt. Schon 2/3 der Grundschüler und 1/3 an den weiterführenden Schulen zahlen daher nichts oder wenig für ihr Essen. Diese Staffelungen sorgen dafür, dass das Mittagessen in der Grundschule auch für Familien mit wenig Einkommen bezahlbar bleibt. Außerdem ist das Essen für jedes Geschwisterkind ermäßigt, teilweise kostenfrei.

Wir werden diese Ermäßigungen reformieren und noch weiter ausbauen, damit mehr Kinder und Jugendliche, insbesondere auch an weiterführenden Schulen, kostenlos oder vergünstigt essen können. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass das Schulessen weiterhin qualitativ hochwertig und nachhaltig bleibt, denn jedes Kind verdient eine gesunde und ausgewogene Ernährung – ohne Kompromisse und ohne Ausgrenzung.

Doch es geht uns um mehr als nur finanzielle Erleichterung: Wir wollen verhindern, dass Kinder durch soziale Unterschiede stigmatisiert werden. Ein gemeinsames, gesundes Essen schafft Gemeinschaft und fördert das soziale Miteinander. Deshalb setzen wir auf ein transparentes und inklusives System, bei dem niemand herausgestellt oder ausgegrenzt wird – unabhängig davon, ob ein Kind kostenfrei, vergünstigt oder voll bezahlt isst.

### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/47

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Demokratiebildung und Toleranz**

- spezifische Angebote rund um den Gedenktag 8. Mai zu den Grundlagen der Demokratie und der Überwindung des Faschismus

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025



## 2024/II/Wahl/50

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Kulturstadt der Zukunft**

„Deshalb stehen wir dafür ein, die Rahmenbedingungen kultureller und künstlerischer Produktion in allen ihren Facetten zu sichern. Das gilt insbesondere für die institutionellen und projektbezogenen Förderungen. Die Kultureinrichtungen und -veranstalter sollen sich auch in Zukunft auf die Stadt verlassen können. Wir wollen, dass „Kultur für alle“ nicht bloß ein Schlagwort ist. Deshalb werden wir Audience Development, also die gezielte Ansprache und Entwicklung eines vielfältigen Publikums, als institutionelle Aufgabe in geförderten Einrichtungen verankern. Wir werden das neue Rahmenkonzept für Kinder- und Jugendkultur gemeinsam mit jungen Menschen mit Leben füllen, die Zusammenarbeit von Kultur und Schule stärken und kulturelle Bildungsangebote vom Museumsdienst über das Hamburger Konservatorium bis hin zu vielen freien Trägern ausbauen.“ Auch soll unser neues Wahrzeichen – die Elbphilharmonie – weiterhin für alle Menschen offenstehen. Deshalb werden wir den Verkauf von mehr 12-Euro-Tickets für Konzerte in ihren Sälen bekannter machen.

### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/51

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Sport – Hamburg Active City**

Wir wollen die Sportvereine unserer Stadt darin unterstützen noch mehr Mitglieder aufnehmen zu können. Hierfür werden wir die finanzielle Förderung der Sportvereine und des Übungsleiterbetriebes ebenso wie bei Investitionen in die Modernisierung und den Neubau von Sportstätten weiter ausbauen. Damit gewährleisten wir einen besseren Zugang zu Sportangeboten für alle Hamburger\*innen. Das Projekt ‚Kids in die Clubs‘ werden wir langfristig sichern und ausbauen. So schaffen wir eine inklusive und generationsübergreifende Sportförderung, die allen jungen Menschen den Zugang zu Vereinsangeboten ermöglicht.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/52

### Beschluss

Annahme

### **Lokale Gesundheitszentren – Soziale Infrastruktur stärken und Ärzt\*innen entlasten**

Wir werden diese Anlaufstellen ausbauen und sicherstellen, dass in jedem der Hamburger Bezirke mindestens ein lokales Gesundheitszentrum besteht. Beim Bund setzen wir uns für eine Mittelfinanzierung durch die Kassen ein.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

---

## 2024/II/Wahl/53

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Zuwendungsfinanzierung neu denken: Geschlechtergerechtigkeit fördern!

Hamburg ist eine moderne und vielfältige Stadt. Deshalb ist uns wichtig, die Gleichstellung der Geschlechter weiter voranzubringen und den Respekt und die Anerkennung unterschiedlicher Lebens- und Familienmodelle zu fördern. Schwerpunkte des gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms sind unter anderem die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, eine geschlechtersensible Gesundheitspolitik und die Förderung von Frauen in Führungspositionen. Wir setzen uns dafür ein, die Praxis der Zuwendungsfinanzierung zu reformieren und soziale Projekte und Dienstleistungen, die mit einem Rechtsanspruch der Bürger\*innen hinterlegt sind oder deren Laufzeit mehr als fünf Jahre beträgt, in eine geschlechtergerechte Vollfinanzierung zu überführen. Zudem ist eine Vereinfachung bzw. bezirkliche Vereinheitlichung des Antrags- und Genehmigungsverfahrens einzuleiten, um Zuwendungsgeber\*innen sowie Zuwendungsempfänger\*innen zu entlasten. Als Stadt mit zahlreichen öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen ist Hamburg ein wichtiger Arbeitgeber und muss gerade hier Vorbild in Sachen Gleichstellung sein. Den erfolgreich eingeschlagenen Weg, in städtischen Unternehmen Führungsgremien stärker weiblich zu besetzen, setzen wir fort. Ebenso setzen wir uns engagiert dafür ein, dass mehr Frauen Führungspositionen in der Hamburger Wirtschaft einnehmen und dass Hamburger Führungsetagen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diverser werden. Auch wollen wir die Akzeptanz für die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt steigern.

### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/55

### **Beschluss**

Annahme

### **Tierheim**

Damit dies auch so bleibt, werden wir ein weiteres Tierheim eröffnen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/57

### **Beschluss**

Annahme

### **Tourismuswirtschaft**

Den Tourismus in den Bezirken und die dortige Tourismuswirtschaft wollen wir stärken, um dem dortigen Tourismusgewerbe im Haupt- und Nebenerwerb Wertschöpfung zu ermöglichen und den Bürger\*innen der Hansestadt und ihren Besucher\*innen hochwertige Naherholung in ihrer Stadt zu ermöglichen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

**2024/II/Wahl/58**

**Beschluss**

Erledigt

**Änderungsantrag S. 14 Personalausstattung/ Tarifvertrag**

Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

**2024/II/Wahl/60**

**Beschluss**

Erledigt

**Änderungsantrag S. 18 Öffentlicher Wohnraum**

Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025



## 2024/II/Wahl/61

### **Beschluss**

Annahme

### **Änderungsantrag S. 20**

Auf dem Weg zur Klimaneutralität – wir gehen voran!

**Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/62

### Beschluss

Erledigt

### Änderungsantrag Bezirkszentren

Wir wollen außerdem die Bezirkszentren stärken und dafür sorgen, dass es auch weiterhin wohnortnah attraktive Freizeit-, Kultur- und Einkaufsmöglichkeiten gibt.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/63

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Änderungsantrag Hochwasserschutz S. 47**

Wir werden den Binnenhochwasserschutz durch den Bau neuer Schöpfwerke sowie die Ertüchtigungen von Schleusen und Deichsielen verbessern und deren Umsetzungen beschleunigen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/64

### Beschluss

Annahme

### Änderungsantrag S.48

Landwirtschaft und Gartenbau muss in Hamburg trotz der hohen Flächenkonkurrenz möglich sein und bleiben. Dies ist nicht nur aus ökologischen Gesichtspunkten geboten, sondern vor allem zur nachhaltigen Versorgung der Stadtgesellschaft geboten. In diesem Zuge ist es unser Anliegen, die bestehenden Wochenmärkte zu stärken, insbesondere durch ein professionelles Marketing.

### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/65

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Änderungsantrag S. 51**

Teil 1 ist erledigt durch Wahl/42

Gleichzeitig stellen wir auch weiterhin eine menschenwürdige Unterbringung aller Geflüchteten im gesamten Stadtgebiet sicher. Zudem ist es uns ein Anliegen, der zunehmenden Stigmatisierung geflüchteter Menschen mit Informationskampagnen und dem Erzählen von Erfolgsgeschichten entgegenzutreten.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## **2024/II/Wahl/66**

### **Beschluss**

**Annahme in geänderter Fassung**

### **Änderungsanträge S. 35 bis 37**

Deswegen wollen wir – insbesondere nach dem KES-Index priorisiert – mehr in die Ausstattung und Möblierung von Ganztagschulen investieren

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Interessengruppen an Schulen verbessern.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/67

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Änderungsantrag AUL**

Neben anderen Unterstützungshilfen stellt die AUL (außerunterrichtliche Lernhilfe) in diesem Zusammenhang ein wichtiges Instrument dar. Wir setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung der AUL ein, die private Zusatzbeiträge entbehrlich macht. Die Verfahren sollten zudem effizienter gestaltet werden, um betroffene Familien zügig zu unterstützen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/69

### Beschluss

Erledigt

### Änderungsantrag Arbeitsmarkt

Das Instrument der Teilhabe am Arbeitsmarkt (§16i SGBII) wollen wir weiterhin dafür einsetzen, dass Menschen, die schon sehr lange ohne Arbeit waren, eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt angeboten bekommen und aufnehmen.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025



## 2024/II/Wahl/71

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Lektor\*innen in HmbGH ermöglichen**

Wir wollen in der Hochschulgesetzgebung die Schaffung von Stellen für sog. Lektor\*innen ermöglichen, deren Aufgabenbereich zwar die Lehre fokussiert, aber auch eigene wissenschaftliche oder künstlerische Arbeit einschließt. Wir setzen uns für gute Bedingungen der Lehre ein.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

---

## 2024/II/Wahl/72

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Änderungsantrag zum Kapitel Wissenschaft

Die dafür notwendigen finanziellen Mittel werden wir zur Verfügung stellen.

Wir werden den Masterplan Studierendenwohnen fortschreiben und bis 2030 mit dem Studierendenwerk und anderen Akteuren mindestens 3.000 Plätze planen, bewilligen und neu bauen.

Wir halten an dem Ziel fest, langfristig Wohnheimplätze für 15% der Studierenden in Hamburg zu schaffen.

Wir werden die Mensapreise und den studentischen Beitrag zum Studierendenwerk auf dem derzeit beschlossenen Niveau stabilisieren. Eine weitere Steigerung soll es ab 2026 bis 2030 nicht geben. Zudem wollen wir die Mieten in den Studierendenwohnheimen auf den im BAföG-Satz für Wohnen vorgesehenen Betrag stabilisieren.

Unabhängig von der Exzellenzstrategie des Bundes setzen wir uns in allen Fachbereichen der Hamburger Hochschulen für gute Studien- und Forschungsbedingungen ein.

### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/73

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

## **Stärkung der Ausbildungsmöglichkeiten für das Ehrenamt**

Die Qualifizierung von freiwillig Engagierten wollen wir weiterhin stärken.

### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/74

### Beschluss

Annahme

### Mittelbau an den Hochschulen stärken

Wir unterstützen die erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgruppe im Bereich der Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen, auch um den wissenschaftlichen Mittelbau an den Hamburger Hochschulen zu stärken. Darüber hinaus setzen wir uns für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte auf Bundesebene ein.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/75

### **Beschluss**

Annahme

### **Brückenschlag Harburger Binnenhafen**

Wir werden die bauliche Entwicklung der Hochschule am Standort Harburg nutzen, um den Stadtteil weiter aufzuwerten.

Wir tragen der besonderen Bedeutung der Forschungsstandorte der TUHH am Uni-Campus und im Binnenhafen Harburg Rechnung und werden diese besser mit der Harburger Innenstadt verbinden.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/76

### **Beschluss**

Annahme

### **Denken in Gesundheitsregionen**

Dabei richten wir den Blick verstärkt auch auf die Bedarfsplanung in Gesundheitsregionen, also zusammenhängenden regionalen Einzugsgebieten der medizinischen Versorgung vor Ort. Diese Regionen bestimmen sich nicht nur aus Landesgrenzen. Hamburger Patienten und Patientinnen werden ebenso im Umland gut versorgt, wie Hamburger Ärztinnen und Ärzte Menschen aus dem Umland gut versorgen. Auch das gilt es zu berücksichtigen. Hier wollen wir eine bedarfsgerechte Planung und Versorgung in allen Regionen sichern und dazu, wo möglich, den Blick über Ländergrenzen und starre Planungsgebietsgrenzen hinweg weiten. Die Metropolregion Hamburg und die Zusammenarbeit der Bundesländer Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein bieten dafür einen Rahmen.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/77

### **Beschluss**

Annahme

### **Kombibad in Süderelbe**

Der Bevölkerungsentwicklung Harburgs entsprechend werden wir das Schul-, Vereins- und Freizeitschwimmen stärken und – möglichst in interkommunaler Abstimmung mit der Gemeinde Neu Wulmstorf - ein Kombibad in Süderelbe (Bezirk Harburg) im Fischbeker Reethen errichten.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/78

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Ladeinfrastruktur E-Mobility**

Dabei werden gezielt auch Stadtteile erschlossen, die sich in weniger vom ÖPNV erschlossenen Regionen befinden. Gerade dort ist der Individualverkehr noch stärker ausgeprägt. Hier werden Anreize geschaffen, dies klimaneutral durch Elektromobilität zu erreichen. Dazu werden auch vermehrt DC-Ladepunkte (Hyper-Charge) an öffentlich zugänglichen Standorten und in P+R-Parkhäusern errichtet.

#### **Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025



## 2024/II/Wahl/79

### Beschluss

Annahme

### ME/CFS- und Long-Covid

ME/CFS- und Long-Covid

Myalgische Enzephalomyelitis / das Chronische Fatigue-Syndrom (ME/CFS) - und Long-Covid-Betroffene werden in Hamburg hauptsächlich durch niedergelassene Ärztinnen, Ärzte und Fachärztinnen, Fachärzte gut versorgt. Das UKE führt zahlreiche Studien zur Erforschung dieser Krankheitsbilder durch. Wir führen die Hilfen für die Betroffenen in Hamburg zusammen und erweitern das Spektrum der Angebote. Wir bauen dabei auf die Unterstützung der Kassennärztlichen Vereinigung.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/80

### Beschluss

Annahme

### Änderungsantrag S. 6

Als Partei mit mehr als 10.000 Mitgliedern sind wir in sämtlichen Bereichen der Stadtgesellschaft vertreten und wissen, wie die Stadt tickt.

**Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

## 2024/II/Wahl/81

### Beschluss

#### Annahme

### Wohnen Studierende

„Immobilien und Grundstücke der Stadt“

1. 27 Zeile 7 bis 12 streichen (wegen Doppelung)

Wohnungen für Auszubildende und Studierende stehen bei uns im Fokus – das hilft Hamburg auch bei der Anwerbung von Fachkräften und sichert Wachstum und Wohlstand von morgen. Wir werden den Masterplan Studierendenwohnen fortschreiben und aufstocken – und bis 2030 mit dem Studierendenwerk mindestens 3.000 neue Plätze für Studierenden-Wohnungen planen, bewilligen und in die Umsetzung bringen. Im selben Zeitraum sollen ebenfalls mindestens 3.000 neue Azubi-Wohnungen entstehen. Firmen, die Mitarbeiterwohnungen schaffen, werden wir gezielt unterstützen.

Dafür auf Seite 41 bei „Studien- und Arbeitsbedingungen“ ergänzen:

1. 41

Zeile 30 bis 36

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende. Neben der generellen Stärkung des Wohnungsbaus stehen Wohnungen für Auszubildende und Studierende im Fokus – das hilft Hamburg auch bei der Anwerbung von Fachkräften. Wir werden den Masterplan Studierendenwohnen fortschreiben und bis 2030 mit dem Studierendenwerk und anderen Akteuren mindestens 3.000 Plätze planen, bewilligen und neu bauen. Auch die Anstrengungen für Azubi-Wohnungen werden wir weiter verstärken – auch hier wollen wir bis 2030 auf mind. 3.000 Plätze kommen. Unternehmen, die Mitarbeiterwohnungen schaffen wollen, werden wir gezielt unterstützen.

#### Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

**2024/II/Wahl/82**

**Beschluss**

Erledigt

## **Änderungsantrag S. 53 Jurist\*innenausbildung**

Wir werden uns für eine Reform der Jurist\*innenausbildung einsetzen.

**Überweisen an**

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025

**Woh Wohnen / Stadtentwicklung****2024/II/Woh/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Mietpreisbremse, aber richtig!**

Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufgerufen, die Hamburger Mietpreisbegrenzungsverordnung unabhängig von dem weiteren Fortgang der BGB-Novelle auf Bundesebene, vor ihrem Ablauf im Sommer 2025 zu verlängern: Auf Bundesebene sollte der Senat über den Bundesrat weiterhin insbesondere das Thema der möblierten Vermietungen aufgreifen. Zu beachtende Punkte sind insbesondere: 1. Eine gesetzliche und für die Mieter\*innen transparente Definition von einem "vorübergehenden Gebrauch" und einer "besonderen Zwecksetzung des Gebrauchs". 2. Eine gesetzliche Festlegung des maximal möglichen Zuschlags für die Möblierung auf monatlich höchstens ein Prozent des Zeitwerts, um die Belastung der Mieter\*innen so weit wie möglich zu senken. 3. Gesetzliche Kriterien, an denen sich die konkrete Höhe des Zuschlags für die Möblierung orientieren muss. 4. Eine verpflichtende Ausweisung des konkreten Zuschlags für die Möblierung im Mietvertrag.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

## 2024/II/Woh/3

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Wohnen ist ein Menschenrecht – auch für Studis und Azubis!**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion und Senat werden aufgefordert, sich für eine weitere Ausweitung des Wohnangebotes für Studierende und Auszubildende einzusetzen. Dies soll nicht nur durch Neubau sondern auch durch Aufkauf und Ausbau von Bestandshäusern in geeigneten Lagen stattfinden. Die Miete für ein Standardzimmer in allen Wohnanlagen des Studierendenwerks soll sich an der Wohnpauschale des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) orientieren und soll diese nicht überschreiten.

#### **Überweisen an**

SPD Hamburg, Bürgerschaftsfraktion, Senat

**Verk Verkehr / Mobilität****2024/II/Verk/2****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Barrierefreien ÖPNV hörbar machen – akustische Informationen für den ÖPNV**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Signaltöne der S-Bahn Hamburg auf ihre Auswirkungen auf neurodivergente Personen und Schmerzpatient\*innen zu prüfen. Im Übrigen begrüßt der Landesparteitag die bevorstehende Einführung der Assistenz-App custom für die barrierefreie Fahrgastinformation, mit der das gesetzlich vorgeschriebene Zwei-Sinne-Prinzip (Bereitstellung von Informationen sowohl visuell als auch akustisch) im hvv verwirklicht wird.

Nachrichtlich, mehr Infos zur Assistenz-App custom: <https://vhh-mobility.de/assistenz-app-custom/>

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

## 2024/II/Verk/3

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Elektroantrieb vorantreiben!**

Der SPD Landesparteitag möge beschließen: Die SPD Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder\*innen des Senats werden dazu aufgefordert, das flächendeckende Angebot an Elektroladestationen für Autos zu gewährleisten. Dabei sollen defekte Elektroladestationen umgehend repariert werden. Außerdem soll die Anzahl der Elektroladestationen massiv ausgeweitet werden. Es soll geprüft werden, inwieweit Auflademöglichkeiten für E-Autos in Wohngebieten geschaffen werden können und dann langfristig für diese dauerhaft genutzt werden.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft



## 2024/II/Verk/5

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Grünpfeile für den Radverkehr**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass bei der Planung von durch Lichtzeichen geregelten Kreuzungen und Einmündungen die Anordnung des Verkehrszeichen 721 (Grünpfeilschild mit Beschränkung an den Radverkehr) immer in die Prüfung mit einbezogen wird. Nach positiver Prüfung wird das Verkehrszeichen an passenden Kreuzungen angeordnet.

#### **Überweisen an**

SPD Hamburg

## **2024/II/Verk/6**

### **Beschluss**

**Annahme in geänderter Fassung**

### **Wissen, ob der Bus kommt – ein planbarer Nahverkehr für alle!**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bürgerschaft setzen sich dafür ein, dass sogenannte Zielanzeiger an mehr Fähr- und Bushaltestellen des HVV – insbesondere in den Stadtteilen ohne Schnellbahnanbindung – installiert werden.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

**2024/II/Verk/7****Beschluss**

Annahme

**Für eine ausreichend leistungsfähige Eisenbahn-Infrastruktur zwischen Hamburg und Hannover**

Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Norddeutschland möglichst zeitnah eine ausreichend leistungsfähige Eisenbahn-Infrastruktur zwischen Hamburg und Hannover erhält.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

## 2024/II/Verk/8

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Einrollen statt Einsteigen - der ÖPNV wird barrierefrei**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen. Der Senat und die Bürgerschaft mögen sich dafür einsetzen, dass auch die letzten zwei U- und sechs S-Bahn-Stationen schnellstmöglich barrierefrei ausgebaut werden. An wichtigen Umstiegsbahnhöfen sollen zu jedem Bahnsteig mindestens zwei stufenfreie Wege führen.

#### Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

**Arb Arbeit****2024/II/Arb/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Jugend vor! Gleicher Lohn für junge Menschen – Schluss mit billigen Taschengeldjobs!**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für eine Erweiterung des Anwendungsbereiches des Mindestlohns auf Minderjährige einzusetzen. Dazu soll der § 22 II MiloG gestrichen werden.

**Überweisen an**

SPD Hamburg

## 2024/II/Arb/2

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Schulische Ausbildungen sozialverträglich machen!**

Die SPD Bürgerschaftsfraktion möge prüfen, inwieweit die Praxiszeit in der schulischen Ausbildung zum\*zur sozialpädagogischen Assistent\*in und zum\*zur chemisch-technischen Assistent\*in mit Mindestlohn vergütet werden kann. Außerdem soll geprüft werden, ob während dem schulischen Teil der Ausbildung eine Vergütung, mindestens in Höhe der Mindestausbildungsvergütung gezahlt werden kann.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

**Soz Soziales****2024/II/Soz/1****Beschluss**

Annahme

**Nur „Ja“ heißt „Ja“!**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages setzen sich dafür ein, dass der Paragraph 177 Strafgesetzbuch (StGB), Absatz 1 neu gefasst wird. Statt: „Wer gegen den erkennbaren Willen einer Person sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt [...]“, soll es künftig: „Wer ohne den erkennbaren Willen einer Person sexuelle Handlungen vornimmt an dieser [...]“ heißen. Durch diese Änderung soll die „Nein heißt Nein“-Regelung durch die „Nur Ja heißt Ja“-Regelung ersetzt werden.

**Überweisen an**

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

## 2024/II/Soz/3

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Angemessener BAföG-Grundbedarf und bedarfsgerechte Wohnkostenpauschale**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Bundestag Folgendes beschließen: Die SPD Bundestagsfraktion sowie die Regierungsmitglieder, die der SPD angehören, werden dazu aufgefordert, sich für eine angemessene Erhöhung des BAföG-Grundbedarfs und der Wohnkostenpauschale einzusetzen. Daneben soll geprüft werden, inwieweit die Fördersätze dynamisch an die Düsseldorfer Tabelle gekoppelt werden können.

#### **Überweisen an**

Bundestag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung



**Bil Bildung / Ausbildung****2024/II/Bil/1****Beschluss**

Annahme

**Berufs- und Studienorientierung stärken!**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an die SPD Bürgerschaftsfraktion sowie den Senat weiterleiten:

1. Die Universität Hamburg, die technische Universität Hamburg, die Hochschule für Musik und Theater, die Hafencity Universität, sowie perspektivisch weitere Universitäten wird in Zusammenarbeit mit dem Land Hamburg einen jährlichen „Uni-Tag“ etablieren, der die folgenden Voraussetzungen erfüllt: a. Die Hamburger Schulen werden verpflichtet, Schüler\*innen der 11./12. Klasse an Gymnasien und Schüler\*innen 12./13. Klasse an Stadtteilschulen, die Teilnahme am Uni-Tag zu ermöglichen.
2. Die Berufsorientierung in der Schulzeit wird wie folgt gestärkt: a. An allen weiterführenden Regelschulen müssen zwei verpflichtende Praktika in der Mittelstufe im Umfang von insgesamt fünf Wochen, bzw. 25 Schultagen stattfinden. Die Schulen koordinieren die Zeiten dieser Praktiken einheitlich für die Schüler\*innenschaft. b. Zudem soll ein weiteres verpflichtendes dreiwöchiges Praktikum in der Studienstufe eingerichtet werden.
3. Zugunsten der Teilnahme an einem Bewerbungsgespräch sind Schüler\*innen ab der siebten Klasse ausnahmslos vom Unterricht freizustellen, ohne die Verpflichtung dazu, den Unterricht oder seinen Inhalt nachzuholen.
4. Über den Uni-Tag hinaus werden weitere Formate der Berufsorientierung wie etwa Berufsmessen innerhalb der Schulzeit verstärkt gefördert. Die Teilnahme hieran soll für Schüler\*innen zur Norm werden. Darauf ist aktiv hinzuwirken.
5. Außerdem soll im Rahmen der schulischen Berufsorientierung intensiv über Berufsausbildungen inklusive möglicher Fortbildungswege, mit Abschlüssen, die einem Bachelor oder Master gleichwertig sind, aufgeklärt werden.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

**2024/II/Bil/2****Beschluss**

Annahme

**Demokratie lernen heißt Demokratie leben: Demokratische Strukturen in der Grundschule ausweiten**

Demokratie lernen heißt Demokratie leben: Demokratische Strukturen in der Grundschule ausweiten Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats setzen sich dafür ein, dass die demokratischen Strukturen in den Hamburger Grundschulen durch die Einführung von Schulsprecher\*innen-Teams ausgeweitet werden.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

---

## 2024/II/Bil/5

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Extremismus an Hamburger Schulen bekämpfen - Politische Bildung in der Sekundarstufe ausbauen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert zu prüfen, wie die politische Bildung an Hamburger Schulen in der Sekundarstufe 1 erweitert und gestärkt werden kann, um die demokratischen und rechtlichen Grundsätze der Bundesrepublik zu verinnerlichen und den Extremismus insbesondere Rechtsextremismus bekämpfen. Zu diesem Zweck sollen folgende Punkte zur Umsetzung von der BSB geprüft werden:

1. An Hamburger Schulen wird der Unterricht zum Themenbereich Politik und Gesellschaft auf die gesamte erste Sekundarstufe ausgeweitet. Dieser Unterricht muss mindestens ab Klasse 7 in einem festen Unterrichtsfach vorliegen und wird unterstützt durch eine Erhöhung der Mindeststundenanzahl der Gesellschaftswissenschaften von 18 Stunden auf 22 Stunden. Davor müssen diese Unterrichtseinheiten in weiteren Fächern in den Unterricht integriert werden.
2. Die Lehrkräfte erhalten für ihren Unterricht von der Schulbehörde passende Materialien für eine aktive Aufklärung gegen extremistisches Gedankengut.
3. Die Schulbehörde stellt den Lehrkräften Workshops und Fortbildungen zum Thema Umgang mit und Aufklärung zu Extremismus zur Verfügung.
4. Die Lehrkräfte werden durch Expert\*innen bei dem Umgang mit extremistischem Gedankengut an ihren Schulen aktiv unterstützt und diese Spezialist\*innen werden gegebenenfalls auch bei schweren Fällen direkt an den Schulen mit eingebunden. Dazu schafft die Behörde gegebenenfalls neue Stellen.
5. Es werden Bildungstage oder eine Projektwoche zum Thema Extremismus verpflichtend einmal in der Schullaufbahn abgehalten. Diese müssen eine Auseinandersetzung mit den Folgen und Auswirkungen von Extremismus beinhalten aber auch der Erkennung, Verbreitung und der Gefährlichkeit der Weiterverbreitung beinhalten. Diese Einheiten können in Kongruenz zu den Bildungsmaßnahmen zu den Sozialen Netzwerken erfolgen und müssen vor allem auf die Demokratiebildung der Schüler\*innen fokussiert sein.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

---

## 2024/II/Bil/7

### Beschluss

#### Annahme

### Lehrer\*innenfeedback anonym und digital

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sind dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Hamburger Selbstevaluationsportal, kurz SEP verpflichtend an allen Hamburger Schulen als Feedbackportal für Lehrer\*innen eingeführt wird. Dazu sollen folgende Veränderungen und Maßnahmen realisiert werden:

1. In der Mitte jeden Halbjahres werden in jeder Schule zwei Feedbackwochen eingeführt, in denen jede Lehrkraft in allen ihren Profilen und Klassen Feedback über SEP einholt. Halbjährlich ist jede Lehrkraft verpflichtet, in allen ihren Profilen und Klassen Feedback über SEP einzuholen.
2. Im LI (Landesinstitut für Lehrer\*innenbildung) sollen mehrere Kurse eingerichtet werden, die sich mit SEP und der Umsetzung des Portals an Schulen beschäftigen.
3. An diesen Kursen sollen mindestens 2 Lehrkräfte jeder Schule teilnehmen und darin geschult werden, für sich einen pädagogischen-konstruktiven Umgang mit ggf. harschem Feedback zu erlangen, damit Lehrkräfte sinnvolle und wertvolle Lehren aus dem Feedback für ihren Unterricht ziehen können. Diese sind dann an ihrer Schule für die Fortbildung des Kollegiums verantwortlich.

#### Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

## 2024/II/Bil/12

### Beschluss

#### Annahme

## System der Schulbegleitung in Hamburg konsequent verbessern

Der SPD Landesparteitag möge beschließen: Die SPD Hamburg sollte sich dafür einsetzen, dass das System der Schulbegleitung in Hamburg verbessert werden soll. Die Umsetzung wesentlicher Empfehlungen einer Studie der Universität Oldenburg sollte politisch begleitet werden: - Das Berufsbild der Schulbegleitung sollte entwickelt werden, so dass sie als zentraler Bestandteil erfolgreicher inklusiver Bildung Anerkennung erfährt. Dies umfasst auch die Definition einheitlicher Qualitätsstandards und Fortbildungsprogramme, die zentral von der BSB vorgegeben werden, sowie tarifgebundene Bezahlung in regulären Anstellungsverhältnissen. Hierbei sollte es vor allem um eine Steigerung der Attraktivität der Tätigkeit der Schulbegleitung gehen, um Fachkräftemangel entgegenzuwirken - An Schulen, an denen regelhaft ein hoher Bedarf an Schulbegleitungen besteht, sollte die Schulleitung innerhalb der selbst organisierten Schule in die Lage versetzt werden, Schulbegleitungen fest anzustellen. Dies würde beteiligte Akteure entlasten und Schulbegleitungen eine berufliche Perspektive ohne Kettenbefristungen geben. Hierfür sollten die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. - Bedarfsspitzen sollte auch künftig durch Träger bereitgestellt werden. Diese sollten durch faire Rahmenbedingungen in die Lage versetzt werden, ihre Angestellten nicht nur nach Tarif zu bezahlen, sondern auch fortzubilden. Zudem sollten Stundenzuweisungen so geregelt werden, dass Schulbegleitungen auch Zeit für wichtige Nebentätigkeiten haben, wie die Teilnahme an Teamsitzungen, der Kommunikation mit Erziehungsberechtigten und die Überbrückung von Zeiträumen innerhalb des Schultages, für die die Behörde keine Schulbegleitung genehmigt (z.B. während Therapiesitzungen des Kindes). - Wo immer möglich sollten Bewilligungszeiträume weitestmöglich ausgedehnt werden. Dies entlastet Behörde sowie Antragssteller und ermöglicht Schulbegleitungen eine längerfristige Planung als über 6-12 Monate hinaus. - Auch im Ganztagesbereich spielt die Schulbegleitung häufig eine zentrale Rolle, da aufgrund fehlender Struktur des Unterrichts Kinder häufig gerade hier Hilfe benötigen. Dies sollte in den Stundenzuweisungen regelhaft berücksichtigt werden.

#### Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

**Ges Gesundheit****2024/II/Ges/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Für mehr Blutspende und Solidarität: freier Tag für Blutspender\*innen!**

Der SPD Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen: 1. Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für Freizeitausgleich für Blutspender\*innen einzusetzen. Der Freizeitausgleich soll verpflichtend für die/den Arbeitgeber\*in sein und die Kosten sollte der Staat übernehmen. 2. Die SPD Landesorganisation Hamburg soll prüfen, ob eine Blutspendeaktion während eines Landesparteitages möglich wäre.

**Überweisen an**

Bundesparteitag

## 2024/II/Ges/2

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## **Regionale, ärztliche Unterversorgung – Der Verteilungsschlüssel ist der Schlüssel**

Der SPD Landesparteitag möge beschließen und an die SPD Bürgerschaftsfraktion weiterleiten: Die SPD Bürgerschaftsfraktion soll: a) sich beim Senat dafür einsetzen, dass die zuständige Behörde mit der KVH die Ungleichverteilung und regionale Konzentration bestimmter Fachärzte im Hamburger Stadtgebiet thematisiert und wo sinnvoll über Möglichkeiten einer besseren Verteilung berät. Eine Überarbeitung der Bedarfsplanungsrichtlinie soll dabei ebenfalls in Betracht gezogen und wenn sinnvoll angestrebt werden. b) ggf. parlamentarische Instrumente wie z.B. Anhörungen oder Selbstbefassungen in Ausschüssen dazu nutzen mit der KVH über die Ungleichverteilung und regionale Konzentration bestimmter Fachärzte im Hamburger Stadtgebiet zu beraten.

### Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion



---

## 2024/II/Ges/3

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Festlegung einer Altersgrenze von 18 Jahren und Prüfung eines generellen Verkaufsverbots von Lachgas

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: **Forderung:**

Angesichts der steigenden Missbrauchszahlen und der erheblichen gesundheitlichen Gefahren möge der Landesparteitag beschließen, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass zeitnah eine reglementierende Regelung für den Verkauf von Lachgas getroffen wird, u.a. nach dem folgendem Ansatz:

- Den Verkauf von Lachgas an Jugendliche unter 18 Jahren und der Konsum ist zu verbieten. Eine Altersgrenze von 18 Jahren für den Erwerb und Gebrauch von Lachgas ist demnach einzuführen.
- Eine Prüfung eines generellen Verbots des Verkaufs und Konsums von Lachgas, um den Missbrauch und die damit verbundenen gesundheitlichen Risiken vollständig einzudämmen. Dies beinhaltet im Übrigen die Prüfung zur Aufnahme von Lachgas in die Liste von psychoaktiven Stoffen.

### Überweisen an

Senat, Bundesregierung, Bundesrat

## 2024/II/Ges/4

### Beschluss

Annahme

### **Erweiterung der Gesundheitsversorgung - Kostenübernahme für HPV-Vorsorgeuntersuchung durch gesetzliche Krankenkassen**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen: Wir fordern die Bundestagsfraktion, sich dafür einzusetzen, dass das Gesundheitsministerium darauf einwirkt, dass die Vorsorgeuntersuchung und die Impfung gegen das humane Papillomavirus (HPV) vollständig durch die gesetzlichen Krankenkassen übernommen wird.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung

## 2024/II/Ges/5

### Beschluss

#### Annahme

## Entwicklung einer nationalen Strategie zur Bekämpfung von Endometriose

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur anschließenden Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag beschließen: Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert: 1. In Zusammenarbeit mit der Endometriose-Vereinigung Deutschland e.V. eine breite, kontextspezifische und sichtbare Sensibilisierungskampagne zu Endometriose möglich zu machen, um ein größeres Bewusstsein über diese Krankheit in der Öffentlichkeit zu schaffen. Besonders wichtig ist hierbei die Aufklärung an Schulen über diese Krankheit. 2. In Absprache mit der Bundesärztekammer zu prüfen, ob die Möglichkeit einer verpflichtenden Fortbildung in Bezug auf diese Krankheit für den Fachbereich Gynäkologie besteht.

#### Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

---

## 2024/II/Ges/6

### Beschluss

#### Annahme

### Kein Sonderrecht für wirkungslose Präparate

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag beschließen: Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass homöopathische Mittel nicht weiterhin mit wissenschaftlich als wirksam nachgewiesenen und über den Placebo-Effekt hinaus wirksamen Arzneimitteln gleichgestellt werden sollen. Dazu sind folgende Punkte umzusetzen: 1. Die entsprechenden Gesetze und Regelungen des BfArM (Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte) für homöopathische Mittel sind an die Zulassungskriterien von Arzneimitteln mit klinischem Wirkungsnachweis anzupassen. 2. Die zuständigen Behörden mögen homöopathischen Mitteln den Status als Arzneimittel aberkennen, so dass Hersteller\*innen ihre homöopathischen Produkte nicht mehr als Arzneimittel bewerben dürfen. 3. Für homöopathische Mittel und ihre Werbung ist eine Hinweispflicht auf den fehlenden Wirkungsnachweis einzuführen. Dies könnte zum Beispiel wie folgt aussehen: „Dieses Produkt basiert nicht auf medizinischen Erkenntnissen. Für die Wirksamkeit dieses Produktes gibt es keinerlei medizinische oder wissenschaftliche Belege!“

#### Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

## 2024/II/Ges/7

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Psychotherapeutische Versorgung sichern - Weiterbildungsplätze schaffen!**

Der Landesparteitag möge beschließen und an den SPD Bundesparteitag weiterleiten, dass sich auf allen Ebenen für eine schnelle Lösung des jetzigen Engpasses für psychotherapeutische Weiterbildungsplätze nach dem neuen Psychotherapeutengesetz eingesetzt wird. Eine ausreichende Anzahl von Weiterbildungsplätzen muss bundesweit geschaffen werden, damit möglichst viele Absolventinnen der entsprechenden Studiengänge für die Behandlung von psychischen Erkrankungen qualifiziert werden können. Die SPD Hamburg möge sich auch auf Landesebene für mehr psychotherapeutische Weiterbildungsplätze, insbesondere an staatlichen oder staatlich geförderten Krankenhäusern einsetzen.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag, Senat, Bürgerschaftsfraktion

**2024/II/Ges/8****Beschluss**

Annahme

**Schutz für Ungeborenes: Verpflichtende Warnhinweise für alkoholische Getränke zur Sensibilisierung von Schwangeren**

Die SPD Hamburg möge auf dem Landesparteitag beschließen und an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten: Die SPD fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass ein Warnhinweis auf alkoholischen Getränken ab 0,1 Promille gedruckt wird, um auf die Gefährlichkeit von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft hinzuweisen.

**Überweisen an**

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

---

## 2024/II/Ges/9

### Beschluss

#### Annahme

## Transparenz der Kosten in Pflegeeinrichtungen herstellen

Der SPD Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag beschließen:

Der SPD Bundesvorstand und die SPD Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. die Betreiber stationärer Pflegeeinrichtungen verpflichtet werden, die von den Pflegebedürftigen zu tragenden Kosten transparent zu machen, 2. die Kosten für die Unterkunft nach den im Wohnraum-Mietrecht geltenden Grundsätzen gedeckelt werden; dies gilt insbesondere für die Investitions- und Modernisierungskosten, 3. und die Personalkosten in voller (Tarif-)Höhe von den Pflegekassen zu tragen sind.

#### Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesvorstand

**Innen Inneres**

**2024/II/Innen/1**

**Beschluss**

Annahme

**Der Jucho muss in Neuenfelde bleiben!**

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft



## **2024/II/Innen/4**

### **Beschluss**

**Annahme in geänderter Fassung**

### **Antrag Innen/4**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag und die SPD Bundestagsfraktion beschließen: Überschrift wird gestrichen!  
Wir sind uns über die Situation in Syrien und Afghanistan bewusst und setzen uns dafür ein, dass ausschließlich rechtskräftig verurteilte schwerste Straftäter und terroristische Gefährder\*innen abgeschoben werden.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

**Kul Kultur****2024/II/Kul/4****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Sonntags freien Eintritt in Museen**

Der SPD Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Bürgerschaftsfraktion möge in der nächsten Legislaturperiode prüfen, ob an jedem Sonntag freier Eintritt in die staatlichen Museen ermöglicht werden kann. Der Abbau der sozialen Barrieren für die Bildungseinrichtung Museen ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sollte eine finanzielle Regelung gefunden werden, die nicht nur den Kulturetat der Stadt betrifft.

**Überweisen an**

SPD Hamburg, Bürgerschaftsfraktion, Senat

**Wi/Steu Wirtschaft / Steuern****2024/II/Wi/Steu/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Novellierung des Tierschutzgesetzes: Verbot des gewerbsmäßigen Einsatzes von Tieren in Unterhaltungsangeboten**

Die SPD Hamburg möge beschließen, dass der Hamburger Senat aufgefordert wird, eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des Tierschutzgesetzes zu ergreifen. Ziel dieser Novellierung soll ein bundesweites Verbot des gewerbsmäßigen Einsatzes von Tieren, insbesondere von Wildtieren, im Kontext von Unterhaltungsangeboten (z.B. Zirkusse, Jahrmärkte und ähnliche Veranstaltungen) sein.

**Überweisen an**

Senat

## 2024/II/Wi/Steu/2

### **Beschluss**

Annahme

### **Reform des KfW-Studienkreditprogramms mit dem Ziel des Abbaus von unverhältnismäßigen Risiken und Belastungen der Studierenden**

Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber Bundesregierung und Bundesrat für eine kritische Überprüfung des KfW-Studienkreditprogramms und notwendige Reformen zum Schutz der Studierenden einzusetzen. Es ist dringend erforderlich, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die übermäßig hohen Zinssätze und Nebenkosten zu senken und das Programm sicherer, transparenter und sozial gerechter zu gestalten. Langfristig muss das Ziel eine elternunabhängige Studienfinanzierung sein, die den Zugang zu Bildung für alle gewährleistet.

#### **Überweisen an**

Senat, Bundesregierung, Bundesrat

## 2024/II/Wi/Steu/4

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Mehr Inklusion in der öffentliche Auftragsvergabe

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Senator\*innen werden dazu aufgerufen, im Rahmen der weiteren Überarbeitung des Vergaberechts dafür Sorge zu tragen, dass noch stärker die Inklusion mittels der öffentlichen Auftragsvergabe gefördert wird. Dazu soll es zum einen der Regelfall werden, Behindertenwerkstätten und ähnlichen Einrichtungen im Vergabeverfahren einen Vorteil einzuräumen. Zum anderen soll die Stadt Hamburg – im Wege der Auftragsvergabe – Unternehmen fördern, die Menschen mit Behinderung beschäftigen. Dafür sollen die Beschäftigtenquote von Menschen mit Behinderung als Zuschlagskriterium gewertet und Unternehmen, die nicht die Mindestquote nach dem SGB IX erfüllen, von der Auftragsvergabe durch einen fakultativen Ausschlussgrund i.S.d. § 124 I GWB ausgeschlossen werden können. Um diese Forderungen zu erfüllen, sollen folgende Änderungen des Hamburger Vergabegesetzes (HmbVgV) umgesetzt werden: 1. Das Gewähren eines Vorteils mittel Zuschlags und Zuschlagskriterien für Behindertenwerkstätten soll nicht bloß im Ermessen des öffentlichen Auftraggebers liegen, sondern der Regelfall werden. Dazu ist § 3a Abs. 5 S. 1 Hs. 2 HmbVgV wie folgt zu ändern: „zudem soll bevorzugten Bietern nach Maßgabe der Verwaltungsvorschrift nach Satz 2 beim Zuschlag und den Zuschlagskriterien ein Vorteil gewährt werden.“ 2. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind Unternehmen zu bevorzugen, die Menschen mit Behinderung zur Erfüllung des Auftragsgegenstandes beschäftigen. Dazu ist ein neuer § 3a Abs. 6 HmbVgV mit folgendem Inhalt einzufügen: „Öffentliche Auftraggeber sollen Zuschlagskriterien wählen, die Unternehmen bevorzugen, die einen hohen Anteil an Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung zur Erfüllung des Auftrages bereitstellen.“

### Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

## 2024/II/Wi/Steu/5

### Beschluss

#### Annahme

### Sicherer Hochwasserschutz für Cranz Neuenfelde

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Senat und die Bürgerschaftsfraktion beschließen: Die SPD in Senat und Bürgerschaft möge sich gemeinsam mit der HPA dafür einsetzen, dass:

1. Das Sperrwerk Estemündung bei Sturmfluten ständig besetzt zu halten.
2. Im Zuge der Deicherhöhungsmaßnahmen am Cranzer & Neuenfelder Hauptdeich auch Schöpfwerke an der Estemündung und an der Alten Süderelbe vorzusehen und deren zügige Realisierung voranzutreiben.
3. Gemeinsam mit der HPA die Deich- und Schutzanlagen sowie die Flutschutztore in Cranz, Neuenfelde, Francop und Moorburg regelmäßig zu überprüfen und bei Mängeln instand zu setzen.

#### Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

**Ini Initiativantrag****2024/II/Ini/1****Beschluss**

Annahme

**Der Jucho muss in Neuenfelde bleiben!**

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Senat und die Bürgerschaftsfraktion beschließen: Die SPD in Senat und Bürgerschaft möge sich für folgendes einsetzen:

1. Im Zuge des Insolvenzverfahrens der Pella Sietas Werft in Hamburg-Neuenfelde den Jucho-Portalkran aus der Insolvenzmasse bzw. von der Nord Leasing GmbH zeitnah zu erwerben.
2. Den Jucho-Kran betriebsfähig und einsatzbereit für seine Nutzung, beispielsweise durch die Unternehmen vor Ort, zu halten und somit die Zukunft des Industriestandorts Neuenfelde durch die 450 Tonnen Tragkraft des Krans, zu sichern.
3. Den Jucho-Kran im Rahmen seiner Unterschutzstellung denkmalgerecht zu erhalten und eine Verlegung des Krans aus Neuenfelde an einen anderen Standort auszuschließen.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft